



CDU/CSU-Fraktion: Sofortprogramm für Unternehmen und Beschäftigte

Schwerpunkt Bürokratieabbau – Wirtschaftspolitische Sprecherin Julia Klöckner: Belastungsmoratorium soll Gesetze und Regelungen auf den Prüfstand stellen

Ihre Feuertaufe als wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat Julia Klöckner mit Bravour bestanden. Unter Federführung der früheren Bundeslandwirtschaftsministerin wurde innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein umfassendes und fundiertes Sofortprogramm für Unternehmen und Beschäftigte erarbeitet, das im Bundestag bereits debattiert wurde. In einem Gedankenaustausch mit BDS/BVMU-Vorstandsmitglied Anita Schäfer und Hauptgeschäftsführer Joachim Schäfer erläuterte Julia Klöckner die Schwerpunkte des Sofortprogramms, welches an zentralen Stellschrauben der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft allgemein und an die der mittelständischen Betriebe insbesondere ansetzt.

Neue Impulse

Ziel sei es, neue Impulse für eine Erholung und einen anhaltenden Aufschwung der Wirtschaft zu geben, indem auf der Grundlage eines soliden öffentlichen Haushalts einerseits weitere Wachstumschancen eröffnet und andererseits Zukunftsfelder gesichert und erschlossen werden.

Temporäre „Turboabschreibung“

Hierzu gehören, nach Julia Klöckners Aussagen, verbesserte steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten durch eine temporäre „Turboabschreibung“ sowie eine realitätsnähere Ausgestaltung der veralteten Abschreibungstabellen der Finanzverwaltung, um die heute deutlich kürzeren Innovationszyklen zu berücksichtigen. Weiterhin müsse es zu einer verbesserten steuerlichen Verlustverrechnung durch eine dauerhafte Ausweitung des Rücktragszeitraums auf mindestens drei Jahre über die Krisenjahre 2020 bis 2022 hinaus kommen. Um eine Abmilderung der hohen Energiepreise und der daraus resultierenden wirtschaftlichen Folgen zu erzielen, schlägt Julia Klöckner vor, die Umsatzsteuer



auf Strom-, Gas- und Fernwärmelieferungen für die Jahre 2022 und 2023 auf den ermäßigten Umsatzsteuersatz von sieben Prozent abzusenken. Gleiches gelte auch für die Umsatzsteuer auf andere Energieerzeugnisse, insbesondere auf Kraftstoffe, hob die CDU-Politikerin hervor.

Einen weiteren Schwerpunkt ihrer Tätigkeit als wirtschaftspolitische Sprecherin setzt Julia Klöckner beim Thema Bürokratieabbau. Ihre Forderung: Erhebliche Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsprozessen sowie ein Viertes Bürokratieentlastungsgesetz, das insbesondere Schwellenwerte anheben und Aufbewahrungs- und Meldepflichten verkürzen soll.

Reform des Arbeitszeitgesetzes

Weiterhin fordert die Unionsfraktion ein sogenanntes „Belastungsmoratorium“, das alle Belastungen für Unternehmen und Beschäftigte durch Gesetze und andere Regelungen auf europäischer und nationaler Ebene auf den Prüfstand stellt. Konkret gehe es darum, höhere Kosten durch Bürokratie oder Einschränkungen von Flexibilität zu vermeiden, umschrieb Julia Klöckner die Forderung. Von besonderer Wichtigkeit ist für die

„Die Verbindung aus SPD, Grünen und FDP droht zu einer Stagflations-Koalition zu werden.“

„Die Begrädigung des sogenannten ‚Mittelstandsbauches‘ ist gerade für den selbstständigen Mittelstand von eminenter Bedeutung.“

Wirtschaftspolitikerin die Reform des Arbeitszeitgesetzes, die unter anderem eine wöchentliche statt tägliche Höchst-arbeitszeit im Rahmen flexibler Arbeitsmodelle ermöglichen soll, um die Veränderungen in einer modernen, digitalen Arbeitswelt zu berücksichtigen.

Kritik an EZB und Ampel-Koalition

Nach eigenen Worten ist es für Julia Klöckner ein Herzensanliegen, dem größten Teuerungsschub, den Deutschland seit 40 Jahren erlebt, befeuert durch eine Rekordinflation mit derzeit über sieben Prozent und einer Rekordniedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie einer Rekordverschuldung, etwas entgegenzusetzen. Dabei richte sich ihre Kritik sowohl an die EZB als auch an die Ampel-Koalition. Nach Klöckners Einschätzung ist die gegenwärtige EZB-Politik der Situation nicht angemessen und die Bundesregierung verstricke sich – so Klöckner weiter – in Ankündigungen und Einzelmaßnahmen, anstatt inflationsbedingte, staatliche Mehreinnahmen einzusetzen, um die Inflationslasten effektiv zu mildern. Julia Klöckner wörtlich: „Die Verbindung aus SPD, Grünen und FDP droht zu einer Stagflations-Koalition zu werden“. Deshalb sei umgehend durchgreifendes politisches Handeln gefragt und ein wirkungsvoller Schutzschirm gegen die Inflation zu spannen, unterstrich die CDU-Politikerin.

Lohn-Preis-Spirale vermeiden

Dazu gehöre, die sogenannte „kalte Progression“ komplett zu neutralisieren und zudem den Einkommensteuertarif an die Preisentwicklung anzupassen, um bei übersteigenden Nettolöhnen die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale zu vermeiden, verdeutlichte Julia Klöckner ihre Forderung. Die Abschaffung der „kalten Progression“, und damit die Begrädigung des sogenannten „Mittelstandsbauches“, sei gerade für den selbstständigen

Mittelstand von eminenter Bedeutung, so Julia Klöckners klare Ansage.

Im weiteren Verlauf des Gespräches mit Anita und Joachim Schäfer bemängelte Julia Klöckner die Schwerpunktsetzung von Wirtschaftsminister Habeck. Dieser konzentrierte sich einseitig auf das Thema Klima und kümmerte sich zu wenig um wirtschafts- und standortpolitische Fragen. Auch seine Reise nach Qatar bewerte sie skeptisch, zumal die in Aussicht gestellten Gaslieferungen „noch nicht in trockenen Tüchern sind“. Außerdem würden in Qatar Menschenrechtsfragen auch nicht viel besser beantwortet werden, als in Russland. Sie präferiere deshalb temporär längere Laufzeiten noch am Netz befindlicher Kraftwerke, also auch der Kernkraftwerke, betonte Klöckner und bedauerte, dass Wirtschaftsminister Habeck derartige Ansinnen ohne intensive Prüfung „rundweg vom Tisch gewischt hat“.

FDP-Handschrift nicht erkennbar

Aber auch zur Rolle der FDP in der Ampelkoalition fand Julia Klöckner kritische Worte. Die Liberalen hätten ihre Rolle in der Ampel noch nicht gefunden, man würde ihre Handschrift nicht er-



„Christian Lindner und seiner Partei scheint die ‚Ampel-Disziplin‘ wichtiger zu sein, als eigene Positionen deutlich zu machen.“

kennen können, zeigte sich Julia Klöckner erstaunt. Christian Lindner und seiner Partei scheint die „Ampel-Disziplin“ wichtiger zu sein, als eigene Positionen deutlich zu machen. Nach ihrer Ansicht laufe die FDP Gefahr, zwischen Rot und Grün neutralisiert zu werden.

Warnung vor „Reichensteuer“

Die BDS/BVMU-Vertreter wollten von Julia Klöckner wissen, inwieweit sich die Union für Unterstützungsmaßnahmen für deutsche Unternehmen starkmachen wird, wenn diese durch die Sanktionsmaßnahmen gegen Russland in ihrer Existenz gefährdet sind. Sie könne diesen Unternehmen keine Hoffnung auf Komplettkompensation der Verluste machen, stellte Julia Klöckner klar. Aber Kredite für mehr Liquidität, zum Beispiel durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), seien realistisch.

BVMU/BDS-Vorstandsmitglied Anita Schäfer äußerte gegenüber Julia Klöckner ihre Sorge darüber, dass der Chefökonom der Landesbank Baden-Württemberg wegen der gewaltigen Herausforderungen durch Ukraine-Krieg und Klimawandel für die Wiedereinführung des Solidaritätszuschlags plädiert, weil es – so Krämer wörtlich –

„die Zeitenwende nicht zum Nulltarif gibt“. Und auch die neue Familienministerin Lisa Paus und der baden-württembergische Ministerpräsident Kretschmann konnten sich – wie sie sagen – eine Steuererhöhung für Reiche vorstellen, wusste Anita Schäfer zu berichten.

Reine Symbolpolitik

Derartige Pläne würden auf massiven Widerstand der Union stoßen, zeigte sich Julia Klöckner kompromisslos. Wenn man in Deutschland die Hälfte seines Einkommens an Steuern und Sozialabgaben zahlen müsse, laufe der Staat Gefahr, die moralische Akzeptanz zu verlieren. In einer Zeit, in der der Bürger von einer massiven Preiserhöhung betroffen sei, so an der Zapfsäule und beim Einkauf im Supermarkt, der sei bereits belastet genug. Und dass der Staat an der Inflation mitverdiane, würde oft schamhaft verschwiegen. O-Ton Julia Klöckner: „Mit jedem Inflationspunkt werden Finanzminister Lindner zehn Milliarden Euro in die Kasse gespült.“ Deshalb sei die Forderung einer Reichensteuer reine Symbolpolitik, so Julia Klöckners Philippika, mit der sie den Plänen von Lisa Paus und Wilfried Kretschmann eine deutliche Abfuhr erteilte. ■



Mit Julia Klöckner sprachen Anita und Joachim Schäfer

Zur Person

Julia Klöckner steht auf der Karriereleiter der Christlich-Demokratischen Union auf den oberen Sprossen. Die bodenständige (aufgewachsen in einer Winzerfamilie) und studierte (Staatsexamen/Magistra Artium in Politikwissenschaft, Theologie und Pädagogik) Rheinland-Pfälderin trat 1997 in die Junge Union ein. Am 22. September 2002 zog Julia Klöckner über die Landesliste in den Deutschen Bundestag ein und arbeitete dort als ordentliches Mitglied im Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft. Bei der Bundestagswahl 2005 gewann Julia Klöckner mit 43 Prozent der Erststimmen das Direktmandat im Wahlkreis Kreuznach – erstmals seit 1953 – für die CDU. Im Januar 2006 wurde sie dann in den Fraktionsvorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt und dort zur Beauftragten für Verbraucherschutz ernannt. Bei der Bundestagswahl 2009 wurde Julia Klöckner mit 47 Prozent der Erststimmen als direkt gewählte Abgeordnete im Mandat bestätigt und übte fortan das Amt als Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz aus, das sie aber am 15. Februar 2011 aufgrund ihres Wechsels nach Rheinland-Pfalz niederlegte, weil Sie den Vorsitz der CDU-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag übernahm. Rückblick: Am 17. April 2010 wurde Julia Klöckner auf dem CDU-Landesparteitag in Bingen mit 400 von 402 abgegebenen Stimmen (99,5 Prozent) zur CDU-Spitzenkandidatin und am 4. Dezember 2010 auf Platz 1 der Landesliste für die Landtagswahl 2011 gewählt und danach am 25. September 2010 zur rheinland-pfälzischen CDU-Landesvorsitzenden – ein Amt, das sie bis zum 26. März 2022 ausübte. Obwohl Julia Klöckner dann bei der Landtagswahl am 27. März 2011 das Direktmandat im Wahlkreis Bad Kreuznach mit 44,4 Prozent der Stimmen erringen und die CDU insgesamt 2,4 Prozent hinzugewinnen konnte, reichte es nicht, den amtierenden Ministerpräsidenten Kurt Beck abzulösen – 0,5 Prozentpunkte fehlten. Nach der Landtagswahl wurde Julia Klöckner einstimmig zur CDU-Frak-



tionsvorsitzenden im rheinland-pfälzischen Landtag gewählt und hatte damit die Oppositionsführung inne. Sie verblieb in dieser Funktion bis zum 16. März 2018, weil ihre Berufung als Bundeslandwirtschaftsministerin in das Kabinett von Bundeskanzlerin Angela Merkel die Niederlegung des Landtagsmandats notwendig machte.

Nach der für die CDU/CSU verlorenen Bundestagswahl blieb Julia Klöckner noch bis zum 26. Oktober 2021 geschäftsführend im Amt bis sie von ihrem Nachfolger Cem Özdemir (Bündnis90/Die Grünen) am 8. Dezember 2021 abgelöst wurde. Von 2012 bis 2022 war Julia Klöckner stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU. Auf dem 34. CDU-Parteitag am 22. Januar 2022 wurde sie dann zur Bundesschatzmeisterin gewählt.

Nach der verlorenen Bundestagswahl 2021 und dem Verlust ihres Ministeramtes zog Julia Klöckner

über die Landesliste der CDU Rheinland-Pfalz erneut in den Deutschen Bundestag ein. Seitdem ist sie wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Aber nicht nur als Politikerin hat sich Julia Klöckner einen Namen gemacht. In jungen Jahren hatte sie das Amt der Deutschen Weinkönigin inne (1995/96), wobei ihr sowohl das Elternhaus als auch die vorausgegangenen Prüfungen im Weinanbau und Weinvermarktung sowie ihre Magisterarbeit über die europäische Weinmarktordnung zu Gute kamen.

Vor ihrer politischen Karriere und nach ihrem Studium hospitierte Julia Klöckner ab 1998 beim SWR in Mainz und absolvierte in den Jahren 1999 und 2000 ein journalistisches Volontariat beim auf Wein- und Getränkepublikationen spezialisierten Meininger Verlag. Von 2000 bis 2002 war sie Redakteurin der neu gegründeten Weinwelt und von 2001 bis 2009 Chefredakteurin des Sommelier-Magazins. Weiterhin absolvierte Julia Klöckner (2009/2010) das Young Leader Program des American Council on Germany, ein Partnerprojekt der deutschen Denkfabrik Atlantik-Brücke. ■

MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!
K6 MEDIEN

Anzeige

Medienkompetenz aus einer Hand
Grafikdesign, Printdesign, Webdesign, Programmierung und im IT Bereich

www.k6-medien.de

E-Mail: info@k6-medien.de